Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 21 (1965)
Heft: 2

Artikel: Frauen gelangen an den St. Galler Regierungsrat
Autor: Ruckstuhl, L.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-846549

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Seit bald acht Jahren warten wir auf den Ratschlag der Regierung, auf den Entscheid des Grossen Rates und der Stimmbürger. Wann sollen die Schweizer Frauen unseres Kantons endlich die volle staatsbürgerliche Anerkennung finden? Kein einziger Sektor unserer nationalen Existenz, ob Schule oder Erziehung, ob Fürsorge oder Pflege, ob Wirtschaft oder öffentliche Verwaltung, kein Sektor ist heute mehr denkbar ohne die Mitarbeit und Mitverantwortung der Frauen, und schon rufen Plakate nach ihrer vermehrten Eingliederung in die Landesverteidigung. Immer mehr braucht man ihre Leistungen; aber das Mitspracherecht wird ihnen immer noch vorenthalten. Wie lange sollen wir Frauen, die wir gleichwertige Pflichten tragen, auf die volle Gleichberechtigung noch warten?

Es ist an der Zeit, dass Basel — nach dem Beispiel der drei welschen Kantone — der Diskriminierung der einen Volkshälfte ein Ende setze. Damit würde unser Kanton das verwirklichen, was Recht und Gerechtigkeit gebieten und was politische Klugheit rät, nämlich die wahre demokratische Gemeinschaft von Bürgern und Bürgerinnen. Das hätte auch auf eidgenössischer Ebene seine Bedeutung.

Wenn die Schweiz heute peinlicherweise der europäischen Menschenrechtskonvention nicht beitreten kann, so ist daran nicht das Verbot, das sich gegen zirka 60 Jesuiten richtet, schuld; schuld daran ist allem voran die politische Rechtlosigkeit der Millionen von Schweizer Frauen.

Aber der Weg zur eidgenössischen Demokratie führe über die Gemeinden und Kantone, sagt man. Sehr geehrte Herren Regierungsräte, beschreiten Sie diesen Weg! Tun Sie den ersten Schritt, indem Sie unsere Initiative befürwortend dem Grossen Rat vorlegen! Tun Sie ihn bald! Das ist unser Wunsch und unsere berechtigte Erwartung am 1. Februar, sechs Jahre nach der Niederlage, die die Demokratie durch das Nein in der eidgenössischen Männerabstimmung über die Gleichberechtigung der Schweizer Frauen erlitten hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Vereinigung für Frauenstimmrecht Basel und Umgebung

Die Präsidentin: Dr. Doris Karmin

Die Vizepräsidentin: Dr. Rut Keiser

Frauen gelangen an den St. Galler Regierungsrat

Am Frauenstimmrechtstag, dem 1. Februar, unternehmen die Sektionen des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht besondere Anstrengungen, um die Zusammenarbeit von Mann und Frau im öffentlichen Leben zu fördern. Dies ist der Tag, an welchem die Stimmbürger vor sechs Jahren das Frauenstimm- und -wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten verworfen haben.

Die Vereinigung für Frauenstimmrecht St. Gallen hat die nachstehende Eingabe an den Regierungsrat gerichtet:

„In Ihrer Botschaft vom 23. September 1961 haben Sie die Vorlage über die Wählbarkeit von Frauen- in Schul-, Gerichts- und kirchliche Behörden befürwortet. Leider haben die Stimmbürger diese mit 26'122 Nein gegen 20'617 Ja knapp verworfen; zehn Gemeinden stimmten zu.

In dieser Vorlage war die Wählbarkeit der Frauen für drei ganz verschiedene Gebiete vorgesehen. Wir sind der Auffassung, dass das Resultat positiv ausgefallen wäre, wenn sich die Vorlage auf die Wählbarkeit in die Schulbehörden beschränkt hätte. Ausserdem ist anzunehmen, dass in den annehmenden Gemeinden ein Bedürfnis besteht, tatsächlich einzelne geeignete Frauen zur Mitarbeit in den Schulräten heranzuziehen.

Wir erlauben uns deshalb, Sie zu ersuchen, dem Grossen Rat baldmöglichst eine abstimmungsreife Vorlage zu unterbreiten, in welcher den Gemeinden die Kompetenz erteilt wird, Frauen in die Schulräte wählbar zu erklären.

Wir danken Ihnen für eine wohlwollende Behandlung dieser Eingabe zum voraus bestens und grüssen Sie, sehr geehrter Herr Landammann, sehr geehrte Herren Regierungsräte, mit vorzüglicher Hochachtung."

Vereinigung für Frauenstimmrecht St. Gallen
Die Präsidentin: Dr. L. Ruckstuhl

Frauen in westschweizerischen Parlamenten

Der *Genfer Grosse Rat* wird 1965 von einer Frau, Emma Kammacher, präsidiert. Unter den 100 Mitgliedern sind *8* Frauen: 1 Radikale (Freisinnige), 1 Liberaldemokratin, 3 Sozialistinnen, 1 Christlichsoziale, 2 Vertreterinnen der Partei der Arbeit.

Im *Waadtländischen Grossen Rat,* der 197 Mitglieder zählt, sitzen *15* Frauen: 6 Liberaldemokratinnen, 5 Radikale (Freisinnige), 3 Sozialistinnen, 1 Vertreterin der Partei der Arbeit.

Im *Neuenburger Kantonsparlament* mit 115 Grossräten sitzen 7 Frauen: 1 Radikale, 4 Sozialistinnen, 2 Vertreterinnen der Partei der Arbeit.

„Die Frauen in den welschen Parlamenten haben mit dem Bild der überlieferten, leicht exaltierten Suffragette nichts gemeinsam. Es sind Mütter oder alleinstehende Berufstätige, die sich namentlich in sozialen Fragen gut auskennen und positive, sachliche Arbeit leisten. In den welschen Parteien hat man zudem festgestellt, dass es endlich nicht mehr an Schreibkräften und anderm gutwilligen Hilfspersonal fehlt, seit die Frauen in die „Politik Einzug gehalten haben." (NZZ vom 1. Febr. 1965).